

Clement, Reiner

Article — Digitized Version

Die wirtschaftliche Zukunft der GUS

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Clement, Reiner (1992) : Die wirtschaftliche Zukunft der GUS, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 72, Iss. 2, pp. 101-105

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136852>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Reiner Clement

Die wirtschaftliche Zukunft der GUS

Zum Jahreswechsel 1991/92 schlossen sich elf Republiken der ehemaligen Sowjetunion zur Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zusammen. Wie sind die Aussichten der GUS aus ökonomischer Sicht einzuschätzen?

Mit der Ära Gorbatschow ist zum Jahreswechsel 1991/92 ein Dreivierteljahrhundert bürokratische Sowjetherrschaft zu Endgegangen. Was bleibt, ist eine desolote Wirtschaftslagen allen der elf Republiken der früheren Sowjetunion, die sich zur Gemeinschaft Unabhängiger Staaten zusammengeschlossen haben¹. Das Bruttosozialprodukt der früheren Sowjetunion wird 1991 voraussichtlich um mindestens 16% zurückgegangen sein, in allen Wirtschaftsbereichen besteht ein ungedeckter Investitionsbedarf und eine hohe Unterversorgung mit Konsumgütern, für 1991 wird mit einer Jahresinflationsrate von rund 150% gerechnet, die außenwirtschaftliche Situation ist durch einen hohen Devisenbedarf bei kurzfristig nicht steigerungsfähigem Exportangebot (Rohstoffe, insbesondere Öl und Gas) gekennzeichnet, der Staatshaushalt wies 1991 nach Schätzungen von Fachleuten ein Defizit von ungefähr 300 Mrd. Rubel auf².

Um dem Zerfall der früheren Sowjetunion und der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken, haben am 18.10.1991 Rußland, die „westlichen Republiken“ (Weißrußland, Ukraine, Moldawien), Armenien und die mittelasiatischen Republiken den Vertrag über eine Wirtschaftsgemeinschaft unterzeichnet. Kerstück des Vertrages ist die Verpflichtung der Unterzeichnerstaaten, ihre Wirtschaftspolitik in wichtigen Bereichen wie etwa der Geld- und Finanzpolitik miteinander abzustimmen. In der Zwischenzeit sind die ersten Versuche zur Neugestaltung des Verhältnisses von Union und Republiken von den tagespolitischen Ereignissen überholt worden. Nicht gelöst ist damit selbstverständlich die Frage, ob und inwieweit die nun politisch unabhängigen Staaten auch wirtschaftlich eigenständige Wege gehen können.

Es ist hinlänglich bekannt, daß der größte Teil des Handels zwischen den Republiken der früheren Sowjetunion untereinander abgewickelt wurde. Ein wesentliches Kennzeichen der sowjetischen Volkswirtschaft war damit ein hohes Maß an wirtschaftlicher Integration, hier definiert als Grad der ökonomischen Verflechtung ihrer einzelnen Republiken. Im Gegensatz zu westlichen Volkswirtschaften war die ehemalige Sowjetunion hingegen nur schwach in den internationalen Handel eingebunden; die Importe der früheren Sowjetunion machten 1989 lediglich rund 2% des Welthandels aus (zum Vergleich: EG 28,6%, USA 16,7% und Japan 6,7%).

Nach der offiziellen Statistik gingen 1989 etwa 55% der Exporte in die RGW-Staaten; selbst bei Berücksichtigung von Überbewertungen der Handelsströme und Preisverzerrungen macht dieser Anteil immer noch 30% des Gesamtexports aus³. Dabei handelte es sich primär um Tauschhandel, der keiner internationalen Konkurrenz ausgesetzt war. Die nur begrenzte Transferierbarkeit des Rubels war mit ein Grund dafür, daß der Außenhandel zum Großteil auf der Grundlage bilateraler Abkommen abgewickelt wurde. Außerdem wurde der Außenhandel nahezu vollständig von Handelsorganisationen auf Unionsebene abgewickelt, so daß lokale Unternehmen praktisch keine Erfahrung mit den Bedingungen auf internationalen Märkten besitzen. Ein weiteres wichtiges Merkmal des Handels war der hohe Grad an Monopolisierung bzw. geringer Grad an Produktdiversifizierung. Durch die vormals stark ausgeprägte Tendenz zur Sektoralplanung wurde etwa ein Drittel des Wertes der sowjetischen Waren an jeweils einem einzigen Standort hergestellt⁴. Eine regionale Aufsplitterung – obwohl mittelfristig unum-

Dr. Reiner Clement, 33, ist Referent im Bundesministerium für Wirtschaft und war vom 1. 7. bis 31. 12. 1991 bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel mit den Beziehungen der EG zu den mittel- und osteuropäischen Staaten (einschließlich der GUS) befaßt. Er bringt in diesem Artikel seine persönliche Meinung zum Ausdruck.

¹ Dazu zählen mit Ausnahme der baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sowie Georgien alle übrigen der früher fünfzehn sowjetischen Republiken.

² R. Goetz: Sowjetunion. Die Wirtschaft im Winter 1991, Friedrich-Ebert-Stiftung, November 1991.

³ Europäische Wirtschaft: Stabilisierung, Liberalisierung und Kompetenzverlagerung nach unten. Eine Bewertung der wirtschaftlichen Lage und der Reformprozesse in der Sowjetunion, Nr. 45, Dezember 1990, S. 21 ff.

⁴ Economist, 11. 8. 1991; vgl. auch H. Zschiedrich: Die sowjetische Wirtschaft im Spannungsfeld von Union und Republiken, in: Osteuropa-Wirtschaft, 3/1991, S. 189 ff.

Tabelle 1
Handel der Unionsrepubliken 1989

	Einfuhren		Ausfuhren		Saldo in		Handel in	
	(Mrd. Rubel)	(Mrd. Rubel)	(Mrd. Rubel)	(Mrd. Rubel)	% des BIP	% des BIP	(1)	(2)
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
UdSSR	184,8	97,6	184,7	47,2	0	-5,8	21,1	8,3
Rußland	69,0	66,9	69,2	33,3	0,1	-6,3	12,9	9,4
Ukraine	36,4	13,4	40,1	6,9	2,6	-4,6	26,9	7,1
Weißrußland	14,2	3,7	18,2	1,7	11,1	-5,4	44,6	7,4
Usbekistan	10,6	1,7	9,0	1,5	-5,8	-0,6	34,1	5,6
Kasachstan	13,7	2,7	8,3	0,8	-14,5	-5,1	29,5	4,7
Georgien	5,2	1,3	5,5	0,4	2,0	-6,2	37,9	5,9
Aserbaidschan	4,3	1,4	6,4	0,4	13,9	-6,6	35,4	6,0
Litauen	6,2	1,3	5,4	0,5	-6,6	-5,8	47,3	7,2
Moldawien	5,0	1,1	4,8	0,3	-1,9	-7,9	45,9	6,4
Lettland	4,6	1,0	4,5	0,4	-1,0	-6,2	46,9	7,2
Kirgisien	3,0	0,8	2,5	1,0	-7,2	-10,2	39,7	6,0
Tadschikistan	3,0	0,5	2,0	0,3	-15,3	-2,1	37,7	6,0
Armenien	4,0	0,9	3,7	0,1	-4,2	-9,7	47,9	5,8
Turkmenistan	2,5	0,4	2,4	0,2	-1,5	-3,1	37,6	4,6
Estland	3,0	0,7	2,7	0,3	-5,3	-7,0	50,1	8,8

(1) Handel mit dem Rest der Union. (2) Handel mit dem „Rest der Welt“.

Quelle: Statistisches Handbuch der Sowjetunion 1990.

gänglich – würde die ehemals „unionsweiten“ Produktionsketten unterbrechen, ohne unmittelbaren Ersatz dafür schaffen zu können. Auch die von einigen Staaten in jüngster Zeit erwogenen bzw. bereits eingesetzten Handelsbarrieren und Grenzkontrollen dürften zu erheblichen Reibungsverlusten in den existierenden wirtschaftlichen Beziehungen führen.

Für die meisten der früheren sowjetischen Republiken muß befürchtet werden, daß die reale Alternative zur Beibehaltung der wirtschaftlich eingespielten Beziehungen eher eine isolationistische Politik als die rasche und umfassende Beteiligung auf den internationalen Märkten sein könnte. Die volkswirtschaftlichen Kosten einer Fragmentierung des Binnenhandels dürften erhebliche Größenordnungen erreichen, wenn auch die Aufteilung dieser Kosten auf die einzelnen Staaten voraussichtlich höchst unterschiedlich ausfällt. Vergleichsweise günstige Voraussetzungen für die wirtschaftliche Selbständigkeit besitzen allenfalls die stark industrialisierten Republiken der früheren Sowjetunion mit überdurchschnittlichem Pro-Kopf-Einkommen und gut entwickelter Infrastruktur (Rußland, Weißrußland, Ukraine und die drei baltischen Staaten)⁵. Industriell-agrarische Republiken mit einem unterdurchschnittlichen Industrialisierungsgrad⁶ wie Kasachstan, Georgien, Armenien und Moldawien dürften dagegen ebenso Entwicklungsprobleme in puncto wirtschaftlicher Selbständigkeit haben wie die vorrangig

agrarisch-rohstoff-orientierten Republiken in Zentral- und Mittelasien. Offen ist, ob Republiken bzw. Staaten wie Turkmenistan oder Aserbaidschan ihre Entwicklungschancen mit Hilfe der Erdöl- und Erdgasvorkommen verbessern können.

Man könnte nun erwarten, daß vor allem die Republiken mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen, niedrigem Industrialisierungsgrad und unterentwickelter Infrastruktur an einem Fortbestand der wirtschaftlichen Verflechtung interessiert sind. Aber auch für die relativ stärker entwickelten Staaten bzw. Republiken muß angesichts der bisher geringen Orientierung auf internationale Märkte, des hohen Grades an Monopolisierung bzw. Produktspezialisierung und des erst angelaufenen Reformprozesses bezweifelt werden, ob es zumindest mittelfristig eine erfolgversprechende Alternative zur Aufrechterhaltung der existierenden wirtschaftlichen Verflechtung geben kann.

Akzeptiert man, daß angesichts der überkommenen hohen wirtschaftlichen Verflechtung der früheren sowjetischen Republiken eine Aufsplitterung des Binnenmarktes unter Effizienzgesichtspunkten nicht unproblematisch ist, dann gewinnt die Frage einer möglichen Wirtschafts- und Währungsunion auch im Fall der GUS an Bedeutung. Für Länder, die wie die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten stark in gegenseitige Handelsbeziehungen eingebunden sind, hat vor allem eine einzige konvertible Währung deutliche Vorteile⁷. Um diese Vorteile zu nutzen, wäre es allerdings erforderlich, daß die Währung ihre Aufgaben als Tauschmittel über Gebietsgrenzen hinweg erfüllen kann und ihre Konvertibilität es den Staaten ermöglicht, die wirtschaftlichen Beziehungen mit „Drittstaaten“ auf- bzw. auszubauen⁸. Im Falle von konkurrierenden nationalen Währungen der Mitgliedstaaten der GUS müßten zunächst eine Vielzahl von funktionierenden Finanzmärkten und effiziente Instrumente geschaffen werden, die zur Minderung des Wechselkursrisikos geeignet sind und Transaktionskosten reduzieren. Eine Währungsunion erleichtert hingegen die ökonomische Integration und kann in der Folge auch die dringend benötigten Wachstumsimpulse induzieren⁹. Eine wichtige Vorbedingung ist es jedoch, daß fiskalisch unhaltbare Haushaltslagen in den einzelnen Staaten vermieden werden, die die monetäre Stabilität gefährden können. Notwendig wären damit angemessene Überwachungsverfahren, die bei fehlender Haushaltsdisziplin anlaufen. Die monetäre Stabilisierungspolitik müßte dabei aller-

⁵ Rußland muß angesichts seiner Größe und niedrigen Bevölkerungsdichte in der Frage einer „gut entwickelten Infrastruktur“ natürlich anders behandelt werden als etwa die baltischen Staaten. Dies gilt z.B. für die Telekommunikations- und die Verkehrsinfrastruktur.

⁶ Der durchschnittliche Industrialisierungsgrad in der früheren Sowjetunion – gemessen am Anteil der Beschäftigten in Industrie und Bauwirtschaft an den Beschäftigten insgesamt – betrug 1989/90 etwa 38%.

⁷ Vgl. zu dieser Diskussion European Economy: The economics of the EMU. Background studies for European Economy, No. 44: „One market, one money“, Special edition No. 1, 1991, S. 19 ff.

⁸ Der Rubel war in der Vergangenheit allerdings weit davon entfernt, diese Aufgaben wahrnehmen zu können.

⁹ Zu diesem Zusammenhang vgl. European Economy, a. a. O., S. 19 ff.

dings von einem wie auch immer definierten Zentrum gesetzt oder formal koordiniert werden. Klare Verfahrensregeln sind jedenfalls erforderlich, um ein individuelles Ausscheren einzelner Staaten zu verhindern.

Weiterer Kernpunkt der währungspolitischen Stabilisierung muß der Abbau der privaten Überschußnachfrage sein, soll der Gefahr einer Hyperinflation präventiv begegnet werden. Grobe Schätzungen des Ersparnisüberhangs der privaten Haushalte lassen erkennen, daß die Kumulierung unerwünschter Ersparnisse von 1985 bis 1989 auf rund 115 Mrd. Rubel (vgl. Tabelle 2) angestiegen ist¹⁰.

Gut vorbereitete Maßnahmen können zwar die Kosten der Stabilisierung senken, sie können jedoch nicht die Aufgabe zur Verringerung bzw. Beseitigung des Kaufkraftüberhangs ersetzen. Diskutiert werden in diesem Zusammenhang u.a. auch die Durchführung einer Währungsreform und die Konfiskation von Finanzvermögen¹¹. Ebenfalls diskutierte Maßnahmen wie die Privatisierung und die Staatsschuldenverwaltung haben dabei gegenüber den zuerst genannten Lösungen den Vorteil, daß sie zur Konsolidierung des Währungssystems beitragen und das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik stärken. Der inflatorische Druck wird jedoch dann weiterbestehen, wenn das Haushaltsdefizit nicht unter Kontrolle gebracht werden kann. In der Vergangenheit hatten vor allem geringe Gewinnabführungen der Betriebe und Importabgaben die Einnahmeseite geschwächt, während wachsende Sozialausgaben und Subventionen für die Staatsunternehmen zur drastischen Steigerung der Ausgaben führten¹².

Problematisch im Fall einer Währungsunion ist nun der Wegfall von Wechselkursen als Anpassungsinstrument in den Fällen, in denen die Staaten aufgrund ihrer unterschiedlichen wirtschaftlichen Strukturen ungleichmäßig von der „marktwirtschaftlichen Schocktherapie“ (Preisliberalisierung, Privatisierung, Deregulierung) betroffen werden^{13, 14}. Die Gefahr länderspezifischer „Schocks“ ist dabei nicht von der Hand zu weisen, da im Fall der ehemaligen Sowjetunion die ökonomischen Entwicklungsniveaus zwischen den Republiken drastisch differierten. Die Einkommensunterschiede etwa waren dabei zwi-

Tabelle 2
Ersparnisüberhang der privaten Haushalte 1985-1990
(in Mrd. Rubel)

	Ersparnisüberschuß ¹	Kumulativer Ersparnisüberschuß ²
1985	4,1	4,1
1986	7,0	11,0
1987	10,1	21,2
1988	18,0	39,2
1989	34,8	74,0
1990 ³	40,5	114,5

¹ Jährlicher Strom. ² Bestand, definiert als kumulierter Überschuß.
³ Schätzungen der EG-Kommission.

Quellen: Berechnungen von Goskomstat und der EG-Kommission.

Tabelle 3
Einkommensunterschiede in ausgewählten Staaten/Staatengemeinschaften
(BIP pro Kopf¹)

	Verhältnis zwischen bester und schlechtester Dezile	Variationskoeffizient ²	Teilkoeffizient ³
UdSSR (15 Republiken)	2,2	34,3	0,033
EG (60 Regionen)	2,6	25,2	0,014
EG (12 Mitgliedstaaten)	2,0	17,6	0,007
Deutschland (11 Länder)	1,6	13,7	0,004
USA (50 Staaten+ D.C.)	1,7	16,1	0,005
Kanada (10 Provinzen, 1 Region)	2,2	20,1	0,009

¹ Im Fall der früheren Sowjetunion wurde statt des BIP das NMP (net material product) zugrunde gelegt, das im wesentlichen das Volkseinkommen ohne Dienstleistungen umfaßt. ² Mit der Bevölkerungszahl gewichtet. ³ Der Teilkoeffizient mißt Disparitäten in der Verteilung von Einkommen und Bevölkerung. Er liegt zwischen Null (gleiche Verteilung) und 1/x, (wenn eine Region über das gesamte Einkommen verfügt und x, die Bevölkerung dieser Region ist).

Quellen: Eurostat: Statistische Indikatoren für die Reform der Strukturfonds, Nov. 1988; US Department of Commerce and Bureau of the Census: Statistical Abstracts of the US 1988; Ministry of Supply and Services: Canada Yearbook, 1988; Statistisches Jahrbuch der Sowjetunion.

schen den Republiken der früheren Sowjetunion größer als zum Beispiel zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften (vgl. Tabelle 3). Mit Blick auf die Vielfalt der ökonomischen Bedingungen in der früheren Sowjetunion ist unbestritten, daß es auch keinen einheitlichen Weg für ihre Nachfolgestaaten bei der Umstrukturierung der Volkswirtschaften geben kann. Dies gilt sowohl für das Ausmaß und die Reihenfolge als auch für die Geschwindigkeit der Reformmaßnahmen.

Sofern der Wechselkurs als Anpassungsinstrument nicht mehr zur Verfügung steht, müßten andere Marktmechanismen rasch für eine angemessene Reaktion auf die zahlreichen Umstrukturierungen sorgen. Davon kann jedoch zur Zeit nicht ausgegangen werden. Die zur Mobilität der Arbeitskräfte notwendige Flexibilisierung der starren Beschäftigungssysteme erfordert eine vollkommene Neuausrichtung und Differenzierung der Lohnstrukturen, die kurzfristig nicht erreichbar sein dürften. Mit der Preisfreigabe, von der nur einige wichtige Grundnahrungsmittel

¹⁰ Zu Einzelheiten der Berechnung vgl. Europäische Wirtschaft, a. a. O., S. 162.

¹¹ Ebenda, S. 128 ff.

¹² R. Goetz, a. a. O.

¹³ Vgl. zu der Diskussion von sogenannten wirtschaftlichen „Schocks“ und Anpassungsprozessen in einer Währungsunion: European Economy, a. a. O., S. 185 ff.

¹⁴ Besonders Boris Jelzin hat sich in der Vergangenheit des öfteren für eine marktwirtschaftliche „Schocktherapie“ in Rußland nach polnischem Muster ausgesprochen.

tel ausgenommen bleiben, werden zwar die überkommenen Verzerrungen und Fehlallokationen abgebaut. Die angesichts des enormen Kaufkraftüberhangs zu erwartenden Preissteigerungen könnten in der Folge aber zu sozialen Spannungen führen und für die ärmsten Bevölkerungsschichten Transferleistungen erforderlich machen. Die damit verbundene Belastung der öffentlichen Haushalte wird zu Kürzungen bei anderen Ausgabenposten führen, die kaum ohne politische Konflikte durchzusetzen sein werden. Durch Anhebung der Löhne wird der Zugewinn der Produzenten wieder beschnitten. Die Einführung von Finanz- und Kapitalmärkten, die die bisher nahezu automatische Deckung aller Defizite sowie die Barrieren zwischen Binnen- und Auslandsmärkten beseitigen, ist nur in Teilschritten zu vollziehen.

Angesichts der in ihrer Gesamtheit noch nicht genügend entwickelten marktwirtschaftlichen Anpassungsmechanismen muß daher gefragt werden, ob die besonders von der Umstellung betroffenen Staaten nicht von den wirtschaftlich vergleichsweise bessergestellten Staaten zumindest temporäre Ausgleichszahlungen erhalten müssen. Hierzu wäre aber u. a. die Schaffung eines gemeinsam akzeptierten Steuersystems Voraussetzung, das den Transfer von Ressourcen ausdrücklich einschließt. In der Vergangenheit waren vor allem die Republiken mit niedrigem Industrialisierungsgrad, niedrigem Pro-Kopf-Einkommen und unzureichender Infrastrukturausstattung – d. h. vorwiegend die asiatischen Republiken – auf die Zuweisung von Investitionsmitteln und Subventionen des Zentrums angewiesen¹⁵.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß eine weiterhin enge Kooperation der GUS wenigstens auf wirtschafts- und währungspolitischem Gebiet wegen der hohen gegenseitigen Abhängigkeit geboten erscheint¹⁶. Die vorangestellten Überlegungen geben jedoch auch einige Hinweise darauf, welche Bedingungen für eine effiziente Zusammenarbeit erfüllt sein müssen:

- Die Durchführung einer Stabilisierungspolitik, die u. a. die Qualität der Währung verbessert und zumindest schrittweise ihre Konvertibilität erreicht.
- Die Bereitschaft zum fiskalischen Ausgleich zwischen wirtschaftlich besser- und schlechtergestellten Staaten, um die ungleichen Folgen der „marktwirtschaftlichen Schocktherapie“ kompensieren zu können.

¹⁵ R. Goetz, a. a. O.; vgl. auch Europäische Wirtschaft, a. a. O., S. 83 ff.

¹⁶ So auch der Sachverständigenrat in seinem jüngsten Jahresgutachten, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1991/92, BT-Drucksache 12/1618 vom 18. 11. 1991, Ziff. 41.

Die Implementation von Verfahrensregeln, die die notwendige Haushaltsdisziplin der Staaten sicherstellen und ein Steuersystem schaffen, das den Ressourcentransfer ausdrücklich einschließt.

Die Errichtung eines in sich geschlossenen rechtlich-institutionellen marktwirtschaftlichen Rahmens.

Die gegenwärtige Diskussion über das Für und Wider der wirtschaftlichen Souveränität der früheren sowjetischen Republiken spiegelt dabei zum Teil Fragestellungen wider, die auch beim Aufbau und der Weiterentwicklung der EG erörtert wurden¹⁷. Mit diesem Hinweis sollen selbstverständlich nicht die vorhandenen politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Unterschiede zwischen der EG und der GUS verwischt werden. Andererseits kann aber die EG anhand ihrer bisherigen Erfahrungen den Entscheidungsträgern in der GUS einige Kriterien an die Hand geben, falls der Weg zur wirtschafts- und währungspolitischen Zusammenarbeit eingeschlagen wird.

Perspektiven

Ungeachtet zunehmender nationaler Autonomiebestrebungen müßte es in der früheren Sowjetunion eigentlich ein vitales Eigeninteresse am Erhalt eines stabilen Wirtschaftsraums geben. Die Wirtschaft könnte sich sogar als die integrierende Klammer der GUS erweisen. Wirtschaftliche Isolierung und Separatismus würden hingegen nicht nur den Binnenmarkt der früheren Sowjetunion zerstören, sondern auch die Einbindung der neugebildeten Staaten in die internationale Arbeitsteilung und die Anbindung an den Europäischen Wirtschaftsraum erschweren. Dies ist selbstverständlich kein Argument gegen die Herausbildung demokratischer und pluralistischer Strukturen in der GUS. Diese sollte und muß auch nicht zu Lasten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gehen.

Von der GUS allgemein akzeptierte Grundsätze der wirtschaftlichen Zusammenarbeit oder gar verbindliche Beschlüsse über eine Wirtschafts- und Währungsunion liegen aber bisher nicht vor. Die Ukraine sieht wegen des Fehlens koordinierender Wirtschaftsorgane oder auch nur „gemeinsamer Regeln“ durchaus die Möglichkeit, in absehbarer Zeit der EG beizutreten¹⁸. Nach Einschätzung von Fachleuten ist die Ukraine bereits mitten in den Vorbereitungen für eine neue, eigene Währung. Ausgelöst durch die Preisfreigabe in Rußland zum 1. Januar

¹⁷ Vgl. z. B. T. Padoa-Schioppa u. a.: Effizienz, Stabilität und Verteilungsgerechtigkeit. Eine Entwicklungsstrategie für das Wirtschaftssystem der Europäischen Gemeinschaft, Wiesbaden 1988.

¹⁸ Der Spiegel, 2/1992, S. 111.

1992 wurden aus Angst vor Hamsterkäufen russischer Bürger in der Ukraine wiederverwendbare Coupons ausgegeben, die den Rubel als Zahlungsmittel ersetzen sollen¹⁹. Gleichzeitig sollen die Coupons in Vorstufe einer eigenen Währung darstellen. Die Verfechter einer eigenen Währung verweisen dabei darauf, daß es ohne eigenes Geld auch keine politische Souveränität geben könne. Eine direkte Kausalität zwischen eigener Geldemission und politischer oder ökonomischer Unabhängigkeit gibt es jedoch nicht. Zudem würde eine eigene Währung nur dann tatsächlich auch im erforderlichen Umfang nachgefragt, wenn hinter ihr in ausreichendes und qualitativ hochwertiges Warensdiment steht, das nicht nur den Binnenmarkt abdeckt, sondern auch internationale Märkte bedienen kann. Hier würden die realwirtschaftlichen Gegebenheiten manche Forderungen nach eigenem Geld sicher rasch korrigieren²⁰.

Die Zwietracht der Staaten über eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Nationalitätenkonflikte und die Angst vor einer Vormachtstellung Rußlands innerhalb der GUS haben bisher die wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht gerade erleichtert. Hinzu kommen Vorbehalte, die aus der in der Vergangenheit kontrovers geführten Diskussion über die richtige Bewertung der Handels- und Finanzströme zwischen den Republiken der früheren Sowjetunion resultieren. Der Großteil der Republiken war der Auffassung, daß ihnen der Anteil am Volkseinkommen, auf den sie Anspruch hatten, unrechtmäßig vorenthalten wurde. Bestehende Preisverzerrungen, statistische Unwägbarkeiten und gegenseitige Haushaltsübertragungen haben zwar die Transparenz vor allem der Finanzströme erschwert. Ungeachtet dessen war die empfundene Ungerechtigkeit bei der Verteilung des Volkseinkommens in der jüngsten Zeit ein Argument für die Forderung nach wirtschaftlicher Autonomie²¹. Diese Erfahrungen dürften die Bereitschaft zum fiskalischen Ausgleich zwischen der wirtschaftlich besser- und schlechtergestellten Staatenher einschränken. Auch die Fähigkeit zu umfangreicher Ausgleichsleistungen ist – wenn auch in unterschiedlichem Umfang – beschränkt.

Die Überwindung der ökonomischen Rückständigkeit einzelner Staaten bzw. Regionen würde letztendlich – ähnlich wie in der EG – zwischen den GUS-Mitgliedsländern abgestimmte Entscheidungen z. B. über Struktur- und Regionalfonds erforderlich machen. Ausgleichsleistungen zwischen den Staaten würden jedoch gleich-

zeitig die Ressourcen vermindern, die zur Kompensation von Folgeproblemen der marktwirtschaftlichen Reformen im eigenen Land ebenso dringend benötigt werden. Mit Blick auf die jüngst durchgeführten Preisreformen wird von Fachleuten etwa bezweifelt, ob sich die Preise nach der Freigabe wieder stabilisieren und die Betriebe beginnen werden, mehr zu produzieren. Erwartet werden vielmehr eine Lohn-Preis-Spirale und ein Rückgang der Produktion. Verwiesen wird dabei auf Erfahrungen in der CSFR und Polen, wo die Preise auch vor der Privatisierung der Betriebe freigegeben worden sind. Im ungünstigsten Fall wird ein Stillstand des Wirtschaftslebens prognostiziert, der gravierende Folgen auch für die erst im Aufbau befindlichen demokratischen Strukturen haben kann²².

Instabil und zerbrechlich

Die GUS erscheint daher zur Zeit instabil und zerbrechlich. Jede Form des Wandels ist möglich: Austritte, Beitritte von Staaten, Bereitschaft zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit – aber auch Zerfall. Von entscheidender Bedeutung für die weitere Zukunft der GUS sind nicht zuletzt auch Umfang und Form der Hilfe, die von den westlichen Industrieländern (einschließlich Japan) und den internationalen Finanzinstitutionen, wie IWF und Weltbank, gewährt werden. Neben technischer und finanzieller Hilfe kommt es darauf an, die westlichen Märkte zu öffnen und die Unternehmen aus der GUS in das Geflecht internationaler Kooperationen zu integrieren („Trade not aid“).

Es wäre aber vermessen, wollte man so kurz nach dem Zerfall der Sowjetunion ihren Nachfolgestaaten und ihren politischen Entscheidungsträgern die Zukunft voraussagen wollen. Nur eines erscheint zur Zeit sicher: Das Desaster der bürokratischen Wirtschaftslenkung und die von der Unionszentrale zu verantwortende Verödung ganzer Landstriche setzt allen Versuchen zur Wiederherstellung zentraler Strukturen überkommener Prägung deutliche Grenzen. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben die neu heranwachsenden demokratischen Kräfte auch in Rußland selbst so stark geprägt, daß sie sich neue Formen staatenübergreifender Zusammenarbeit und Integration nur vorstellen können, wenn sie – z. B. der EG folgend – von unten bestimmt werden²³. Die gegenwärtigen Ungewißheiten über die Zukunft der GUS sollten daher nicht dazu verleiten, einer Sowjetunion nachzutrauern, die seit ihrem Beginn weitgehend nur mit Zwang und Macht zusammengehalten werden konnte.

¹⁹ Wirtschaftswoche, 3/1991, S. 25.

²⁰ H. Zschiedrich, a. a. O., S. 198 ff.

²¹ Europäische Wirtschaft: a. a. O., S. 83 ff.

²² Der Spiegel, 2/1991, S. 111 ff.

²³ H. Timmermann, E. Schneider: Voraussetzungen und Perspektiven für die neuen Parteien in der Sowjetunion, in: Osteuropa 11/1991, S. 1047.